

RATHAUSREPORT

15. Jahrgang

43. Stadtverordnetenversammlung vom 6. Februar 2008

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE. Potsdam 1/08

► Potsdam ► Museum ► Tierheim



Bald Herberge fürs Potsdam-Museum? Das Brockesche Haus



Angenommen

Rangfolge Schulsanierung

Auf Antrag der Linksfraktion und nach Diskussion in den Ausschüssen wurde der OB beauftragt, im Rahmen der Erstellung des Wirtschaftsplanes KIS 2008 die Rangfolge der vom KIS geplanten Schulsanierungen in der Weise zu präzisieren, dass Teilmaßnahmen an einzelnen Schulen, deren Durchführung unter den Gesichtspunkten des Gesundheitsschutzes und der Verkehrssicherheit von höchster Dringlichkeit sind, dem jeweiligen Gesamtmaßnahmeverhaben vorangestellt werden. Das betrifft unter anderem die Toiletten in der Priesterwegschule.

Tierheimausschreibung

Auf Antrag der Linksfraktion müssen die Vergaberichtlinien für das Verfahren zur Ausschreibung des neuen Potsdamer Tierheimes so gestaltet werden, dass die Vergabeentscheidung durch den Hauptausschuss getroffen wird.

Potsdam-Museum

Bis Juni 2008 muss der OB auf Antrag der Linksfraktion eine Konzeption für das neue Potsdam-Museum vorlegen.

Arbeitsmarktprojekte

Im Mai 2008 muss der OB auf Antrag der Linksfraktion darüber berichten, unter welchen Voraussetzungen die Nachhaltigkeit von Arbeitsmarktprojekten, die im Interesse der Stadt Potsdam liegen, gewährleistet werden kann.

Freie Trägerschaft

Im Bundesdurchschnitt liegt der Anteil freier Träger an der Schullandschaft bei 7,3 %. In Potsdam bei 19,6 %, so Alexander Steinicke für die Linksfraktion. Deshalb muss die Landesregierung aufgefordert werden, der Landeshauptstadt ein Anhörungsrecht bei der Zulassung von Schulen in freier Trägerschaft einzuräumen. Die StVV

Fortsetzung auf Seite 2



Mit auf den Weg ...

Liebe Leserin, lieber Leser,

das, was gegenwärtig seitens der Stadtoberen im Zusammenhang mit dem künftigen Museumsstandort passiert, erinnert stark an die leidvolle Geschichte des vormals geplanten Freizeitparks in Drewitz. Auch damals hat man sich eines unbeliebten Investors entledigt. Zur Erinnerung: In der Dezember-StVV war der Oberbürgermeister auf unseren Antrag hin und gegen seinen erklärten Willen beauftragt worden, Gespräche mit dem Investor zum Brockeschen Haus aufzunehmen, um dieses Objekt als neuen Standort für das Museum zu prüfen. Anfang Januar wurden die Stadtverordneten durch Pressemeldungen davon überrascht, dass der OB kurzerhand die Gespräche abgebrochen hat. Begründet wurde dies mit einem kürzlich veröffentlichten Urteil des Oberlandesgerichts Düsseldorf, wonach öffentliche Aufträge, die ein Volumen von 5 Millionen EURO überschreiten, europaweit ausgeschrieben werden müssen. Und da man noch nicht genau wisse, in welcher Höhe Kosten für das Brockesche Haus anfallen würden und man so Gefahr laufe, dem Urteil zuwider zu handeln und eine mögliche Ausschreibung zu gefährden, brach der Oberbürgermeister die Gespräche ab. Das ist trotz der schwierigen Rechtslage fatal und durchsichtig, denn niemand hat vor, eine Ausschreibung zu machen. Wenn die Sanierungskosten des Brockeschen Hauses die Summe überschreiten würden, würde das Alte Rathaus als Museumsstandort zur Verfügung stehen. Im Wissen darum folgte eine Mehrheit der Stadtverordneten unserem Dringlichkeitsantrag, dass der OB die Gespräche wieder aufnehmen und unverzüglich den Sanierungsumfang für eine Museumsnutzung des Brockeschen Hauses festzustellen. Über ein mögliches Ende der Gespräche muss die Stadtverordnetenversammlung entscheiden.



Mit freundlichen Grüßen
Ihr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg,
Fraktionsvorsitzender und MdL



**im Februar
Von Peter Kaminski**

Zum Bürgerhaushalt 2008

Die Ergebnisse des 2008-er Bürgerhaushaltes wurden in der Sitzung der Stadtverordneten am 6. Februar 2008 in angemessener Form den Stadtverordneten übergeben und sind nun in der kommenden Haushaltsdiskussion zu berücksichtigen. Allen Beteiligten wurde zu Recht gedankt. Erstmals ist es in der Landeshauptstadt Potsdam gelungen, Bürger intensiv in die Haushaltsvorbereitung einzubeziehen. Nun wird es an allen, den Bürgern, der Verwaltung und der Politik liegen, diese ersten positiven Bürgerhaushalterfahrungen zu verstetigen und auszubauen. Die Beteiligung auf Musterbögen und per Internet zur Abgabe der Vorschläge war gut, bei der Abstimmung sogar noch besser. Nur in den Einwohnerversammlungen in den Sozialräumen war mit durchschnittlich 20 BürgerInnen die Beteiligung nicht berauschend. Ein Grund künftig darauf zu verzichten? Durch die Verwaltung wurden diese Veranstaltungen mit sehr hohem Aufwand vorbereitet, im Verhältnis zur tatsächlichen Beteiligung nicht gerade effektiv. Aber, das Neue muss bei den BürgerInnen ankommen, bekannt werden. Gerade nach den nicht positiven Erfahrungen der ersten beiden Bürgerhaushalte eröffnet sich hier eine Chance. Die Chance, die Bürgerinnen und Bürger intensiver und direkter in wichtige Entscheidungen einzubeziehen. Das große Interesse an ähnlichen Veranstaltungen in den OT Golm oder Groß Glienicke ist dafür Zeugnis. Bleibt mir nur zu wünschen, dass viele der übergebenen Vorschläge Eingang in die Haushaltsatzung 2008 finden und wir dann zielgerichtet in die Vorbereitung des Bürgerhaushaltes 2009 einsteigen können.

Der Autor ist Vorsitzender des Finanzausschusses der StVV Potsdam

beschloss auf Antrag der Linksfraktion, den OB zu beauftragen, im Juni über das Ergebnis entsprechender Gespräche mit dem Bildungsminister zu informieren.

Aula Lenné-Schule

Bereits im Jahr 2006 hatte die Linksfraktion beantragt, den OB zu beauftragen, die Möglichkeit der Nutzung der ehemaligen Schülerspeisung in Zentrum Ost als Aula für die Gesamtschule Peter Joseph Lenné zu prüfen. Da der OB bis jetzt noch nicht über das Ergebnis berichtet hat, wiederholte die Fraktion ihren Antrag, der noch einmal beschlossen wurde. Nun soll im März 2008 das Ergebnis vorgelegt werden.

Schaustellerverband

Auf Antrag der Linksfraktion, begründet von Siegmund Krause, wurde der OB aufgefordert, gegenüber dem Entwicklungsträger Bornstedter Feld darauf hinzuwirken, dass mit dem Schaustellerverband eine langfristige Vereinbarung zur Durchführung der Frühlings- und Herbstfeste im Lustgarten abgeschlossen wird.

Villa Grenzenlos

Auf Antrag der Linksfraktion, der von Sigrid Müller begründet wurde, wurde das Rechnungsprüfungsamt damit beauftragt, den Verwendungsnachweis über die För-

dermittel der Landeshauptstadt an den Brandenburgischen Verein für Weltoffenheit und Menschenwürde e. V. zum Betrieb der Villa Grenzenlos auf die im Zuwendungsbescheid formulierten Grundsätze zu prüfen.

Behindertengerechter Zugang zu Bürgerhäusern

Im Mai 2008 muss der Oberbürgermeister auf Antrag der Linksfraktion darüber berichten, welchen Stand die Planungen zur behindertengerechten Nutzung der Bürgerhäuser Babelsberg, in Bornim und in Groß Glienicke erreicht haben. Er muss den Umfang der erforderlichen Baumaßnahmen ermitteln, einen Zeitplan für die Umsetzung der Baumaßnahmen erstellen und die notwendigen finanziellen Mittel entsprechend des Zeitplanes in den Wirtschaftsplan des KIS aufnehmen lassen.

Marquardter Kulturscheune

Dr. Wolfgang Grittner erläuterte die Situation um die Marquardter Kulturscheune, die zum Antrag der Linksfraktion führte, den OB mit der Prüfung zu beauftragen, unter welchen Voraussetzungen eine dauerhafte Nutzung der neuen Kulturscheune erfolgen kann. Im März 2008 müssen nun der Kulturausschuss und der Ortsbeirat Marquardt über das Prüfergebnis informiert werden.

Uferweg

Zu einer Auszeit führte der Änderungsantrag der Linksfraktion, die von der Verwaltung vorgelegte städtebauliche Rahmenvereinbarung zur Entwicklung der Speicherstadt mit folgendem Zusatz zu versehen: Es solle darauf hingewirkt werden, dass an der Wasserkante des Geländes vor dem Gebäude 1 „südlicher Teil“ ausreichend Platz für die Fortführung des Uferweges gelassen wird. Reaktion der Verwaltung, von SPD und auch CDU: Dies sei nicht möglich, Wasserrecht spreche dagegen und überhaupt würde dieser Antrag die gesamte Entwicklung der Speicherstadt in Frage stellen. Der Antrag sei nicht neu, wäre ja schon im Bauausschuss abgelehnt worden. Nach der Auszeit und aufgeregten Diskussionen wurde sowohl der Antrag der Verwaltung als auch der Änderungsantrag der Linksfraktion in den Ordnungs- und Umweltausschuss zurücküberwiesen.

Vergabeverfahren

In Potsdam sind Privatschulen schon lange nicht mehr als Ergänzung zum staatlichen Schulangebot zu sehen. Damit beim Espengrund-Gymnasium nicht dasselbe passiert wie beim Hau-Ruck-Verfahren zum Verkauf der Marienschule, beantragte die Linksfraktion, dass der OB

Gespräche mit den drei Bewerbern für das Gebäude des Espengrundgymnasiums führen und auf eine Lösung hinwirken soll, die die Erfordernisse der Schulentwicklung in der Landeshauptstadt weitestgehend berücksichtigt. Damit würde auch in diesem Punkt mehr Sorgfalt angewandt werden, wie sie sich die LINKE auch beim Brockeschen Haus wünscht. Der Antrag wird demnächst im Hauptausschuss aufgerufen.

Kompetenzzentrum

Der Bildungsausschuss wird den Antrag der LINKEN beraten, ob die Zusammenlegung der Förderschule James Krüss mit dem sonderpädagogischen Schwerpunkt Sprache und der Wilhelm-von-Türk-Schule mit dem Schwerpunkt Hören zu einem Regionalen Kompetenzzentrum für Kinder mit den Schwerpunkten Hören und Sprache zum Schuljahr 2008/2009 geprüft werden soll. Hella Drohla hatte auf die Sinnhaftigkeit dieses Anliegens verweisen, zumal sich beide Schulen in einem Komplex befinden und sowohl die Eltern als auch die Lehrer dies befürworten würden.

Schulleiterstellen

Der Bildungsausschuss wird nun auf Antrag der Linksfraktion prüfen, ob der OB das Bildungsministerium bedrängen ►

() Stadtverordnete der Fraktion DIE LINKE fragten – die Verwaltung antwortete

Inwieweit die Verwaltung die seit Jahren vorhandenen Standardwerke für Qualität in den Potsdamer Kitas koordiniert, wollte Hella Drohla, DIE LINKE, wissen. Die Sozialbeigeordnete erläuterte, dass der Prozess im Gange sei, die Abstimmungen mit den Trägern erfolgen und Ziel sei, die Qualitätsstandards so zu strukturieren und standardisieren, dass sie auch in jeder Kita überprüft werden könnten.

()

Auf die Frage von Dieter Scharlock, DIE LINKE, wann in der Neuendorfer Straße endlich die versprochene Bitumendecke zur Reduzierung des Straßenlärms aufgebracht wird, erläuterte die Baubeigeordnete, dass mittel- und langfristig, vermutlich nach 2012 der grundlegende Ausbau der Straße dringend erforderlich sei, 2006 hätte es für die Neuendorfer Straße die Vorplanung gegeben, aber die Kostenschätzung hätte 2,3 Millionen EURO ergeben. Auf Grund des vorrangigen Handlungsbedarfs in der Großbeerenstraße- Ziolkowskistraße werde man dort mit Fördermitteln die Umsetzung angehen. Zur Gefahrenabwehr werde man jedoch zeitnah reagieren. Auf die Nachfrage von Hans-Jürgen Scharfenberg, wann es denn die Fördermittel gäbe, meinte die Baubeigeordnete: „Das kann ich nicht sagen“...

()

Durch den externen Betrieb des städtischen Tierheims durch das Beelitzer Pfötchenhotel entstehen der Stadt keine erhöhten Kosten, beantwortete die zuständige Beigeordnete die Frage von Brigitte Oldenburg, DIE LINKE. Das Kostenvolumen werde eingehalten, behauptete Elona Müller sichtlich genervt über die hartnäckigen Fragen aus der linken Fraktion. Und im Übrigen sei das jetzige Verfahren nicht angestrebt worden, um Kosten zu minimieren, sondern um die Tiere artgerecht unterzubringen. Auch auf die Zwischenfrage von Brigitte Oldenburg, warum denn seinerzeit über Kosteneinsparung und artgerechter Unterbringung die Rede gewesen sei, blieb Frau Müller bei ihrer Antwort, schränkte jedoch ein, dass Kostensituation auch ein Punkt war neben dem der Qualität. Aber während der Tierschutzverein jährlich 126.000 Euro erhielt,

kostet die gegenwärtige Lösung mindestens 135.000 Euro, also doch deutlich mehr.

()

Da die LINKE die Stadt zumindest in der moralischen Pflicht sieht, sich um die Weiterbeschäftigung der Tierheim-Mitarbeiter zu kümmern, fragte Brigitte Oldenburg erneut nach dem aktuellen Stand. Die Beigeordnete Elona Müller sagte, dass „vier Bereiche identifiziert wurden, die für die ehemaligen Mitarbeiter zur Verfügung stehen könnten“. Derzeit würden jedoch noch Kündigungsschutzprozesse laufen. Es sei sichergestellt, dass die betreffenden Mitarbeiter eine Arbeit bekommen könnten. 2 Azubis könnten ihre Ausbildung fortsetzen, bei einem Dritten sei dies noch nicht klar.

()

Auf die Frage von Sigrid Müller, DIE LINKE, ob es eine Folgevereinbarung zwischen dem Geschäftsbereich für Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz dem ViP und der PAGA zur Inanspruchnahme einer ViP-Sonderkarte für Hartz-IV-Empfänger, die an keiner MAE oder anderweitigen Integrationsmaßnahme im Rahmen des SGB II teilnehmen gäbe, antwortete die Sozialbeigeordnete, dass der entsprechende Vertrag im Dezember 2007 unterschrieben worden ist.

()

Im zuständigen Ausschuss werde es am 16. März 2008 eine Information dazu geben, ob und wenn ja wo und wie es für in Potsdam Studierende bezahlbaren Wohnraum geben könnte. Das Gespräch mit dem Studentenwerk dazu würde am 25. Februar stattfinden.

()

Warum – Presseberichten zu Folge – das als „marode“ geltende Tierheim am Wildpark jahrelang eine Ausnahmegenehmigung des Veterinäramtes zum weiteren Betrieb erhalten habe und dann plötzlich diese Genehmigung nicht mehr erklärt wurde, wollte Brigitte Oldenburg erfahren. Die Genehmigungen habe man stets im Interesse des Tierschutzvereins erteilt und die Ausnahmeregelungen auch kontrolliert. Die beengten Verhältnisse ver-

schlimmerten sich, weil zum Schluss Tiere aus 9 Umlandgemeinden betreut und zusätzlich aus Tierschutzgründen Abgabtiere aufgenommen wurden. Die Beigeordnete wies darauf hin, dass die Frage von Frau Oldenburg erklärtermaßen auf Presseberichte zurückzuführen sei. Richtig sei, dass der Tierschutz mitgeteilt habe, dass es so nicht weitergehen könne. Es habe nicht der Druck des Vereins dazu geführt, dass die Stadt den Betreibervertrag gekündigt habe.

()

Wie jemand ohne eigenen Pkw mit geringem Einkommen seinen in Potsdam ausgebüchsten und von der Stadt als Fundtier ins „Pfötchenhotel“ nach Beelitz verbrachten tierischen Freund abholen könne, fragte Brigitte Oldenburg. Dies sei kein Problem, so die Beigeordnete, es führe ein Regionalexpress, auch der Havelexpress fahre dorthin. Wenn man frei ist in seiner Terminplanung, könne jedermann das Pfötchenhotel erreichen. Im Übrigen arbeite die Verwaltung weiterhin daran, eine Lösung auf dem Gebiet der Landeshauptstadt zu finden.

()

Es sei seitens der Behörde ein Anhörungsverfahren eingeleitet worden, um zu prüfen, mit welchen Möglichkeiten eine Lösung zum gefahrlosen Überqueren des Schulweges Haekkelstraße/Knobelsdorffstraße in Potsdam/West gefunden werden kann, sagte die Beigeordnete auf eine entsprechende Frage von Ralf Jäkel, DIE LINKE. Es handelt sich dabei um eine „grundsätzlich neue Prüfung“, für die die Verwaltung ca. 5 Wochen brauche. Die Verwaltung sei „sehr gern bereit“, vor Ort Gespräche zu führen, so Elona Müller.

()

Wie die Stadt die tierärztliche Versorgung im Stadtgebiet aufgefundenen verletzter Tiere sicherstellen werde, fragten Brigitte Oldenburg und Ralf Jäkel. Dafür sei die Stadt nicht zuständig, erklärte die Beigeordnete. Wildtiere unterliegen dem Jagdrecht, zuständig seien die entsprechenden Pächter. Es sei zudem nicht zulässig, verletzte Wildtiere mit nach Hause zu nehmen.

► soll, für die Schulen der Landeshauptstadt, die seit längerem kommissarisch geleitet werden, zügig eine stabile Besetzung der Stelle des Schulleiters zu sichern. Ursula Klotz, DIE LINKE, hatte an zahlreichen Beispielen nachgewiesen, dass „Übergangslösungen“ bereits seit Jahren andauern.

Sortimentserweiterungen

Derzeit wird das Einzelhandelskonzept der Landeshauptstadt überarbeitet. Anlass

für die Linksfraktion, darauf zu drängen, dass eine Erweiterung der Verkaufsflächen im Stern-Center und eine weitgehende Lockerung der Sortimentsbeschränkungen in den Bahnhofspassagen Potsdam zugelassen wird. Diese Einschränkungen waren seinerzeit beschlossen worden, um die Entwicklung der Innenstadt nicht zu gefährden. Zwischenzeitlich hätte sich die Lage dort auch durch das Karstadtangebot stabilisiert, so Hans-Jürgen Scharfenberg. Darüber hinaus fließe viel zuviel Kauf-

kraft ab, was nicht länger hingenommen werden kann. Die Anträge werden im Bau- und Stadtentwicklungsausschuss zusammen mit dem Einzelhandelskonzept beraten.

Potsdam-Museum-Personal

Die LINKE macht sich stark für ein Personalentwicklungskonzept für das Potsdam-Museum. Dies sei folgerichtig und selbstverständlich, so Karin Schröter, DIE LINKE.

Rück- und Ausblicke

An dieser Stelle wollen wir in Erinnerung rufen, wofür sich die LINKE in dieser Wahlperiode engagiert hat.

Heute: 2003

... noch im Oktober 2003 – wenige Tage vor der Kommunalwahl – wurde der Oberbürgermeister durch SPD, CDU und B 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Linksfraktion, (die für den Fall, dass die Fusion unabwendbar würde, klare Bedingungen gefordert hatte) und gegen die Mehrheit der Belegschaft des Klinikums „Ernst von Bergmann“ beauftragt, in der ersten StVV nach der Wahl die Verträge für die Fusion des Klinikums mit dem St. Josefshaus vorzulegen. (CDU: Wir warten nicht auf die Gesundheitsreform, sondern agieren selbstbewusst und zielklar; SPD: Man müsse zwar die Ängste der Belegschaft ernst nehmen, obwohl man den Eindruck gewinnen könne, dass „hier jemand sein politisches Süppchen kocht und Ängste schürt“; Jakobs: Die StVO solle den warnenden Worten der Ärztin Sylvia Voß (die für die Belegschaft in der StVV sprach) nicht folgen.) und sich für die Fusi-

on einsetzen. Einen Monat später erklärte der OB das Vorhaben der Klinikfusion enttäuscht für „definitiv aufgehoben“. Das Projekt scheiterte daran, dass man in der Frage der stationären Schwangerschaftsabbrüche keinen Kompromiss erzielen könne.

4 Jahre später – in der Dezember-2007-Sitzung der StVV – „freute“ sich der OB darüber, dass das Klinikum auf dem richtigen Weg sei und die Umstrukturierungsmaßnahmen von Erfolg gekrönt seien.

... Mit den Stadtverordneten wurden auch die Ortsbeiräte in den neu dazu gekommenen Ortsteilen gewählt. Die Linksfraktion machte sich von Beginn der Legislatur dafür stark, eng mit diesen Gremien zusammenzuarbeiten. Doch die StVV verweigerte sich dem Antrag der Linksfraktion, einen Rat der Ortsbeiräte zu bilden, um eine enge Zusammenarbeit zu gewährleisten.

... Auf Antrag der PDS wurde der Oberbürgermeister gegen seinen erklärten Willen beauftragt, einen Vorschlag zur Einrichtung eines Bürgertreffs in der Wald-

stadt vorzulegen. Dieser Antrag lag bis vor kurzem auf Eis, so dass nach erneuter Antragstellung im Dezember 2007 der OB endlich beauftragt wurde, im Gespräch mit den Stadtparen und den in Waldstadt II vertretenen Wohnungsunternehmen zu prüfen, welchen Beitrag diese für die Einrichtung eines Bürgertreffs in der Waldstadt II leisten können.

... „Die Stadt steht Gewehr bei Fuß“, sagte der Bürgermeister Exner auf die Frage von Hans-Jürgen Scharfenberg nach dem Stand der Gespräche mit dem Land und dem Investor für das Freizeitbad Drewitz. Man habe eine große Hürde genommen, so Exner, die Fördermittel sollen kommen, aber es würden noch ein paar Unterlagen vom Investor fehlen. Ein Jahr später erklärte die Verwaltung das Freizeitprojekt in Drewitz für gescheitert und präsentierte das Niemeyerprojekt auf dem Brauhausberg, was – wie alle zur Kenntnis genommen haben – an den viel zu hohen Kosten scheiterte. Die Linksfraktion hatte hier ständig auf Kostenbegrenzung gedrängt. Die Brache in Drewitz lag weiterhin brach. Das Vorhaben der Verwaltung dort einen weiteren Baumarkt zu platzieren, verhinderte ein entsprechender Antrag der LINKEN. Und jetzt entsteht dort – von der Linksfraktion nach Potsdam geholt – ein modernes Porta-Einrichtungshaus.

Was – wann – wo

Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Raum 3.025, Beginn jeweils 18 Uhr
18. und 25. Februar 2008; 03.; 10. und 17. März 2008

44. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Potsdam Stadthaus, Plenarsaal, 5. März 2008, Beginn 13 Uhr

Frühschoppen „Rathausreport live“ Bürgerhaus Am Schlaatz, Schilfhof 28, 09. März 2008, Beginn 10 Uhr

Ausgabe „Rathausreport“ Nummer 2/2008 Stadthaus, Raum 3.107, 14. bis 19. März 2008 (außer Sa. und So.)

Info-Stände der Fraktion DIE LINKE in den Stadtteilen

14. März 2008: 14:00 Uhr REWE-Markt, Zentrum Ost
14:30 Uhr Keplerplatz, Am Stern
15:00 Uhr Waldstadt-Center, Waldstadt II
16:00 Uhr Havel-Nuthe-Center, Drewitz
15. März 2008: 10:00 Uhr Marktplatz, Kirchsteigfeld
10:00 Uhr Stadtplatz, Am Schlaatz
10:00 Uhr Weberplatz, Babelsberg

Bürgersprechstunde von Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, Fraktionsvorsitzender und MdL

am 26. Februar 2008 von 17 bis 19 Uhr
im Bürgerbüro, Galileistraße 37/39 (Bürgerhaus Stern*Zeichen)
Vorankmeldungen sind möglich unter:
Tel.: 0331/600 50 69; Mail: wkbscharfenberg@aol.com

Ärger am Griebnitzseeufer

Alles, was der Oberbürgermeister in seinem Bericht darstellte, hatte er zuvor den Medienvertretern mitgeteilt. Nichts Neues also. Und deshalb hinterfragte Hans-Jürgen Scharfenberg eine tagesaktuelle Meldung, wonach ein Stadtverordneter der Stadt androhe, den Uferweg am Griebnitzsee mit seinen Mitteln zu sperren. Der Kämmerer bestätigte diese Meldung und erläuterte, dass ein entsprechender Antrag auf Erlass einer Einstweiligen Anordnung per 17. Januar 2008 bei Gericht eingegangen sei. Damit soll vorbeugend erreicht werden, Ordnungsverfügungen zu unterlassen. Die Stadt sei nun aufgefordert, ihrerseits eine Stellungnahme dazu einzureichen.

Da der

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

V.i.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per eMail an uns: Fraktion DIE LINKE, Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam
eMail: DIE LINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de
Telefon: 0331-2893051, Fax 0331-2893119